



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**17. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personal- und
Organisationsentwicklung
am 18.11.2020
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Nils Bassen

Abg. Ernst Behrens

Abg. Jürgen Borngräber

Abg. Klaus Brodersen

Abg. Erich Gajdzik

Abg. Michaela Holsten

Abg. Reinhard Lindenberg

Abg. Bernd Sievert

Abg. Ulrich Thiar

Vertretung für Abgeordnete Heike Behr

Vertretung für Abgeordneten Gerhard Holsten

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Dr. Karsten Hoffmann

Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann

Herr Sven Höhl (Dez. I)

Frau Susanne Schwandt (Amt 10)

Herr Oliver Hübner (Personalratsvorsitzender)

Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)

Frau Dr. Emese Stauke (Amt 12)

bis 16.05 Uhr

Frau Monika Trau (Amt 10)

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heike Behr

Abg. Gerhard Holsten

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung vom 16.09.2020
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Bericht über die Tätigkeitsschwerpunkte des Amtes für Digitalisierung und IT
Vorlage: 2016-21/1079
- 6 Antrag der SPD-Fraktion vom 31.10.2020: Verbesserung der Personalsituation
- 7 Gleichstellungsplan für den Landkreis Rotenburg (Wümme) 2021 bis 2023
Vorlage: 2016-21/1094
- 8 Haushaltsplan 2021
Vorlage: 2016-21/1089
- 9 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Borngräber eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Er begrüßt die Abgeordneten und die Mitglieder der Verwaltung. Abgemeldet hätten sich die Abg. Behr und der Abg. G. Holsten.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Landrat Luttmann teilt mit, dass zu TOP 12 „Stellenplan 2021 und Stellenübersichten 2021 für die Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst“ ein Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2020 – Stipendium für Bauingenieure – mit zu behandeln sei. Der Antrag wurde ursprünglich für den Ausschuss für Hoch- und Tiefbau am 04.12.2020 gestellt, gehört aber vom Inhalt auch in diesen Ausschuss.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung vom 16.09.2020**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses für Personal- und Organisationsentwicklung vom 16.09.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	4

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Herr Höhl berichtet wie folgt:

In der Tarifrunde 2020 sei in der dritten Verhandlungsrunde am 25.10.2020 eine Einigung für die rund 2,3 Mio. Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes erzielt worden. Zum 1.4.2021 werden die Tarifentgelte um 1,4 %, mindestens jedoch um 50 €, erhöht und ab dem 1.4.2022 um weitere 1,8 %. Vom 1.9.2020 bis zum 31.3.2021 wurden sieben Monate als Leermonate vereinbart. Zur Abmilderung der besonderen Belastungen während der Corona-Pandemie werde eine nach Entgeltgruppen gestaffelte Sonderzahlung von durchschnittlich 400 € bis zum 31.12.2020 gezahlt. Zudem profitieren die Fachärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst ab dem 1.3.2021 von einer Zulage in Höhe von monatlich 300 €.

Zur Dienstvereinbarung zur leistungsorientierten Bezahlung (LOB) teilt **Herr Höhl** weiter mit, dass der Kreisausschuss in der Sitzung am 19.09.2019 bereits darüber informiert wurde, dass die bisherige Dienstvereinbarung zum 31.12.2019 gekündigt wurde und zu überarbeiten sei, um Rechtskonformität zu erlangen.

Rechtlich problematisch war die pauschale Auszahlung der Leistungsentgelte (sog. „Gießkannenprinzip“), da diese keinen direkten Bezug zu den jeweils erbrachten Leistungen hatte. Die neue Dienstvereinbarung sei nunmehr von der Dienststelle in Zusammenarbeit mit dem Personalrat erarbeitet worden und Ende Oktober in Kraft getreten. Nach den Regelungen der neuen Dienstvereinbarung erfolge die jährliche Auszahlung der Leistungsbezahlung aufgrund einer differenzierten Leistungsbeurteilung nach drei Kategorien („die Leistung entspricht voll den Anforderungen“, „die Leistung übertrifft deutlich herausragend die Anforderungen“, „die Leistung entspricht teilweise den Anforderungen“). Das vereinfachte Drei-Stufen-Modell basiere auf einem Vorschlag des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Niedersachsen und unterstütze eine pragmatische Umsetzung der rechtlichen Vorgabe zur leistungsorientierten Bezahlung. Auch die Beamtinnen und Beamten wurden in die neue Dienstvereinbarung einbezogen, so dass sie künftig auch an der leistungsorientierten Bezahlung teilnehmen.

Herr Höhl gibt weitere Informationen zur Personalsituation im Gesundheitsamt einschließlich des Bürgertelefons. Zur personellen Unterstützung des Gesundheitsamtes zur Eindämmung der Corona-Pandemie (Kontaktnachverfolgung, Bürgertelefon, Aufgaben nach dem Infektionsschutzgesetz) wurden und werden vom Haupt- und Personalamt erhebliche Anstrengungen unternommen, um zusätzliches Personal bereit zu stellen.

1. Es wurden zeitlich befristete Arbeitszeitaufstockungen innerhalb des Gesundheitsamtes in einem Gesamtumfang von 0,88 Stellen vorgenommen.
2. Für die Dauer der Pandemie wurden insgesamt zusätzlich 4,62 Stellen bereitgestellt (u.a.: befristete Zuordnung einer Inspektorin g.D., Umsetzung einer Mitarbeiterin, befristete Weiterbeschäftigung einer Mitarbeiterin mit Rentenbezug, Beschäftigung eines Containment-Scouts vom Bund etc.)
3. Aufgrund einer aktuellen Stellenausschreibung wurden Mitarbeiter/innen mit gesundheitspezifischen Berufen (z.B. medizinische Fachangestellte) eingestellt, darunter auch eine Ärztin mit 19,5 Stunden wöchentlich.
Stellen insgesamt: 5,19
4. Aktuell sind vom Bund 12 Bundeswehrsoldaten zur Mithilfe in der Kontaktnachverfolgung entsendet worden und in dem Tätigkeitsfeld eingesetzt.

5. 6 Finanzbeamte (3 vom Finanzamt Rotenburg, 3 vom Finanzamt Zeven) sind im Bereich Bürgertelefon eingesetzt. Das Land Niedersachsen hat sie zur Unterstützung des Gesundheitsamtes bis zum 31.01.2021 abgeordnet.
6. Letztendlich ist zur temporären Verstärkung des Gesundheitsamtes Personal aus anderen Ämtern der Landkreisverwaltung (z.B. Straßenverkehrsamt, Veterinäramt, Schulverwaltungs- und Kulturamt, Job-Center) dem Gesundheitsamt zugeordnet worden - Umfang ca. 5 Stellen). Aktuell sei zusätzliches Personal für die Eindämmung der Corona-Pandemie in einem Umfang von 33,69 Stellen im Gesundheitsamt eingesetzt.
- Vorstehend nicht aufgeführt seien die zeitintensiven Unterstützungen durch das Rechtsamt, das Haupt- und Personalamt, das Amt für Gebäudemanagement und das Amt für IT und Digitalisierung.
- Abg. Lindenberg** möchte wissen, wieviel von den zusätzlich bereit gestellten Stellen vom Landkreis bezahlt werden müssten. **Frau Schwandt** antwortet, lediglich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzamtes und der Bundeswehr seien „kostenlos“ zur Unterstützung des Gesundheitsamtes abgeordnet worden.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht über die Tätigkeitsschwerpunkte des Amtes für Digitalisierung und IT**
Vorlage: 2016-21/1079

Frau Dr. Stauke, Leiterin des Amtes für Digitalisierung und IT, gibt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zum Protokoll) einen Überblick der Aufgaben des seit 01.01.2020 neu geschaffenen Amtes. Die Pandemie habe vor Augen geführt, wie wichtig die Digitalisierung sei. Unter anderem sei man auf einem guten Weg, sich mit den Gemeinden auf eine Portallösung für jegliche Antragstellung zu einigen. **Herr Höhl** erläutert, dass es den Bürgerinnen und Bürgern darum gehe, schnell und einfach ihr Anliegen digital abzuarbeiten. Dazu loggen sie sich in ein Portal ein und werden entsprechend der Zuständigkeit automatisch weitergeleitet.

Aus den Reihen der Abgeordneten ergeben sich diverse Fragen, die von Frau Dr. Stauke beantwortet werden. **Herr Höhl** merkt abschließend an, dass der Landkreis mit der Einrichtung dieses neuen Amtes insgesamt auf einem guten Weg sei, die Digitalisierung in der Landkreisverwaltung voranzubringen.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Fraktion vom 31.10.2020: Verbesserung der Personalsituation**

Um zu dem von ihm gestellten Antrag Stellung nehmen zu können, bittet **Vorsitzender Borngräber** den Abgeordneten Sievert die Sitzungsleitung für die Dauer des Punktes zu übernehmen. Hierüber besteht im Ausschuss Einvernehmen.

Anschließend geht **Abg. Borngräber** auf den ersten Teil seines Antrages ein. Nach seiner Kenntnis würden andere Behörden die Einstellungsverfahren für die Auszubildenden wesentlich früher als der Landkreis Rotenburg durchführen, so dass mögliche Bewerberinnen und Bewerber verloren gingen.

Frau Schwandt hat diesbezüglich Erkundigungen eingeholt und möchte einen kurzen Ablauf über die aktuelle Vorgehensweise beim Landkreis Rotenburg geben. Vom 01.07. bis 10.09.2020 wurden die Stellen für Ausbildung und Studium ausgeschrieben. Am 21.09.2020 erfolgte der schriftliche Einstellungstest für die Berufe Verwaltungsfachangestellte und Anwärter, die Testergebnisse lagen bis zum 12.10.2020 vor. Vom 19.10. bis 22.10.2020 erfolgten die Vorstellungsgespräche für die Verwaltungsfachangestellten, am 13.11.2020 für die Anwärter. **Frau Schwandt** stellt klar, dass der Zeitraum der Auswahlverfahren nicht von denen der anderen Kommunen abweiche. Dies sei zudem auch kein Kriterium für die Bewerberzahlen oder die Bewerberqualität. Bewerber bzw. Bewerberinnen würden selbst nach einer Zusage der Ausbildungs- bzw. Studienplätze nur wenige Wochen vor Ausbildungsbeginn wieder absagen. Bisher sei es dem Landkreis Rotenburg (Wümme) immer gelungen, gute Auszubildende und Studierende zu finden.

Abg. Borngräber versteht seinen Antrag als Anregung. Ihm sei wichtig, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) bei der Gewinnung von Auszubildenden nicht ins Hintertreffen gerate. Des

Weiteren nimmt er Stellung zum zweiten Teil seines Antrages. Er bittet um Vorschläge, die zur Verbesserung der Besoldung bei der Einstellung von Bewerbern/innen führen können.

Frau Schwandt führt aus, im öffentlichen Dienst gäbe es aufgrund der tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen keinen Spielraum für eine höhere Bezahlung.

Landrat Luttmann ergänzt, der Landkreis würde seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen einige Vorteile gewähren. Hierzu gehörten u. a. die familienfreundliche Arbeitszeitregelung, Teilnahme an Weihnachts- und Betriebsfeiern, teambildende Maßnahmen etc.

Abg. Borngräber erklärt daraufhin den ersten Teil seines Antrages als erledigt. Den zweiten Teil möchte er noch einmal zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Personal- und Organisationsentwicklung auf die Tagesordnung setzen.

Vorsitzender Sievert schlägt vor, über beide Punkte gemeinsam abzustimmen. Hierüber besteht Einvernehmen.

Mit **4 Ja-Stimmen** und **5 Nein-Stimmen** wird der Antrag **abgelehnt**.

Abg. Borngräber übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Gleichstellungsplan für den Landkreis Rotenburg (Wümme) 2021 bis 2023**
Vorlage: 2016-21/1094

Frau Weiße erklärt, das Thema Gleichstellung bleibe stets aktuell und stelle immer wieder neue Herausforderungen dar. Die Arbeit werde künftig noch vernetzter, digitaler und flexibler sein. Der Landkreis sei auf einem guten Weg, die Stellen paritätisch zu besetzen. Am Spiegelbild der Gesellschaft könne man wenig ändern. Nach wie vor werden mehr Frauen in den sogenannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften und Technik) gesucht.

Vorsitzender Borngräber weist darauf hin, dass bei der Kreisverwaltung die Dezernatsebene mit je zwei Frauen und zwei Männern besetzt sei. Auch auf Amtsleitungsebene gäbe es eine paritätische Besetzung.

Abg. Gajdzik gibt zu bedenken, dass es in der Kreisverwaltung in Zukunft wohl zu einer Unterrepräsentanz von Männern kommen werde. Bereits jetzt seien zwei Drittel der Beschäftigten Frauen. Es stellt sich die Frage, wie hier entgegengesteuert werden kann.

Frau Weiße erwidert, dass bereits bei der Auswahl der Auszubildenden auf eine paritätische Besetzung geachtet werde. Im Anschluss an die Ausbildung sollte dann die entsprechende Übernahme ins Beschäftigtenverhältnis erfolgen.

Abg. Holsten sieht die Schulen in der Pflicht. Es solle auf jeden Fall der Zukunftstag durchgeführt werden. Dieser solle Mädchen und Jungen ermöglichen, Einblicke in verschiedene Berufe zu erhalten, mit dem Ziel, die zum Teil noch stark geschlechtsspezifisch geprägte Berufsauswahl zu verändern.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Gleichstellungsplan für die Verwaltung des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird in Form des vorgelegten Entwurfes beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Frau Dr. Stauke verlässt die Sitzung um 16.05 Uhr.

Abg. Brodersen stellt die Frage, wieviel Prozent der Eingangsrechnungen im Moment im digitalen Workflow bearbeitet werden.

Herr Höhl sagt eine Beantwortung mit dem Protokoll zu. *(Antwort: Einige Eingangsrechnungen werden in den Fachanwendungen, z.B. Open/Prosoz, bearbeitet. Bezogen auf die im Finanzwesen newssystem® zahlbar gemachten Eingangsrechnungen liegt der Anteil über den Rechnungsworkflow bei 99,5%. Pro Jahr werden rund 34.500 Rechnungen im Rechnungsworkflow bearbeitet. Eine Differenzierung nach Eingang in Papierform oder Eingang als PDF kann nicht erfolgen. Bisher wurden 68 echte digitale Rechnungen verarbeitet. Die Anfragen von Lieferanten werden aber mehr.)*

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2021 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

gez. Borngräber
Vorsitzender

gez. Luttmann
Landrat

gez. Trau
Protokollführerin